Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 22. Mai 2013
Ausgabe 095
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **2**
› Kranzniederlegung zum 125. Todestag von Dr. Alois von Erhardt 2
› MVHS – Museumsgespräche: Die neuen sozialen Bewegungen 2
› Stadtmuseum: Führung durch die Ausstellung „Typisch München!“ 3

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Sonntag, 26. Mai, 15 Uhr, Ehrenbreitsteiner Straße 41
Stadtrat Alexander Reissl (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Maria Jäger im Namen der Stadt zum 102. Geburtstag.

Montag, 27. Mai, 11.20 Uhr, Hiltenspergerstraße 76
Stadträtin Dr. Evelyne Menges (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Anna Rehm im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Meldungen

Kranzniederlegung zum 125. Todestag von Dr. Alois von Erhardt
(22.5.2013) Zum 125. Todestag des ehemaligen 1. Bürgermeisters der Landeshauptstadt, Dr. Alois von Erhardt, am Sonntag, 26. Mai, lässt die Stadt an seinem Grabdenkmal im Nordfriedhof (A-Gruft 4) einen Kranz mit Stadtschleife niederlegen. In Erhardts Amtszeit wurden in München zur Verbesserung der hygienischen Verhältnisse die Wasserversorgung modernisiert und ein zentraler Schlachthof errichtet. 1888 erhielt er dafür die Goldene Bürgermedaille der Landeshauptstadt. Erhardt bekleidete vom 14. Juni 1870 bis zum 27. Dezember 1887 das Amt des Ersten Bürgermeisters in München. Nach Alois von Erhardt ist die Erhardtstraße am linken Isarufer gegenüber der Museumsinsel benannt. Die beiden zur Museumsinsel führenden Brücken, Boschbrücke und Zenneckbrücke, hießen ursprünglich ihm zu Ehren innere und äußere Erhardtbrücke. Auf der Maximiliansbrücke wurde ein Brunnen nach ihm benannt.

Museumsgespräche der MVHS: Die neuen sozialen Bewegungen
(22.5.2013) Im Rahmen der Ausstellung „Wem gehört die Stadt?“ finden im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, am Sonntag, 26. Mai, 11 Uhr, Museumsgespräche der Münchner Volkshochschule (MVHS) zum Thema „Die neuen sozialen Bewegungen“ statt. Stellt man den Bezug zur Gegenwart her, wird schnell deutlich, dass sich fast keines der Themen erledigt hat, die die neuen sozialen Bewegungen im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ausgelöst haben: Widerstand gegen Flughafenbauten, gegen Atomkraftwerke, gegen Krieg und Kriegsdienst, Engagement für Menschenrechte oder Umweltschutz. Vor den Exponaten werden in Vortrag

und Gespräch mit Bernhard Baudler die damals aktiven Bewegungen und ihr Umfeld befragt.
Der Eintritt beträgt ermäßigt 3 Euro zuzüglich 5 Euro Teilnahmegebühr und ist direkt an den Dozenten zu bezahlen.

Stadtmuseum: Führung durch die Ausstellung „Typisch München!“
(22.5.2013) Am Sonntag, 26. Mai, 15 Uhr, führt Funda Faust im Münchner Stadtmuseum, durch die Ausstellung „Typisch München!“. Das Thema lautet „München und der Orient“. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro, zuzüglich 6 Euro Führungsgebühr. In der Ausstellung „Typisch München!“ illustrieren 400 Exponate Geschichte und Geschicke der Stadt. Vom angeblichen Schlüsselbein Herzog Heinrichs des Löwen bis zur Allianz Arena wird die Kulturgeschichte Münchens von ihrer Gründungslegende bis zur Gegenwart beleuchtet. In fünf historisch gegliederten Abschnitten geht die Ausstellung der Frage nach, was seit wann und vor allem warum typisch für München ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 22. Mai 2013

Machbarkeitsstudie zur Einhausung der A 96 im Stadtgebiet München
Antrag Stadtrats-Mitglieder Ingo Mittermaier und Claudia Tausend (SPD)

Entwicklung des Geländes am Georg-Brauchle-Ring als städtebauliches Gesamtkonzept
Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

1988 – 1998 – 2013: Erholungsraum „nördliche Isar“ konkret – endlich Wiedergutmachung für die Obere Isarau leisten
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter, Richard Quaas und Walter Zöller (CSU)

Münchner Bürgerinnen und Bürger besser vor Rassismus schützen!
Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Volksbegehren gegen Studiengebühren auch in München umsetzten!
Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Claudia Tausend
Stadträtin

Ingo Mittermaier
Stadtrat

München, den 22.05.2013

Machbarkeitsstudie zur Einhausung der A 96 im Stadtgebiet München

Antrag:

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt eine Machbarkeitsstudie zur Prüfung und Bewertung von möglichen Maßnahmen zur Reduzierung der Lärm- und Schadstoffwerte an der Bundesautobahn A 96 in Auftrag zu geben. Dabei sollen neben klassischen Lösungsansätzen wie Lärmschutzwänden und Einhausungen auch innovative Lösungsansätze, z.B. Nutzung einer Einhausung zur Energiegewinnung (Solarkraftwerk) oder Ideen zur baulichen Entwicklung und Stadtgestaltung berücksichtigt werden.

Begründung

Baulastträger für die BAB A 96 ist der Bund. Obwohl dieser damit für den Lärmschutz an der A 96 zuständig ist, sieht er sowohl für die die Lärmvorsorge (Ausbau nicht geplant) als auch für die Lärmsanierung keine Veranlassung. Auch die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie zur Einhausung der A 96 im Stadtgebiet München lehnt der Bund ab. Die Bürgerinnen und Bürger, die entlang der A96 wohnen, erhoffen sich durch eine Machbarkeitsstudie eine Aussage darüber, ob eine Einhausung durch die Flächengewinne auf der Tunneldecke finanziert werden kann. Eine Klärung dieser Frage erscheint – trotz der fehlenden Zuständigkeit der Stadt – auch in Bezug auf andere Bundesautobahnen im Stadtgebiet städtebaulich prinzipiell für sinnvoll.

gez.

Claudia Tausend	Ingo Mittermaier
Stadtratsmitglied	Stadtratsmitglied

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Josef Schmid

ANTRAG
22.05.13

Entwicklung des Geländes am Georg-Brauchle-Ring als städtebauliches Gesamtkonzept

Das noch freie Gelände am Georg-Brauchle-Ring/Hanauer Straße, auf dem die Stadtwerke nun u.a. ihren Busbetriebshof West errichten wollen, wird als städtebauliches Gesamtkonzept entwickelt.

Dabei wird

- eine Arrondierung zur Kreuzung Georg-Brauchle-Ring/Hanauer Straße in die Planung einbezogen,

- eine städtebauliche Korrespondenz zum gegenüberliegenden Hochhaus (Uptown) berücksichtigt,

- ein verkehrliches Konzept für das Gesamtquartier, das auch die schon bestehende Nutzungen einbezieht, entwickelt,

- eine Aussage zum Verbleib der Kleingartenanlage getroffen.

Begründung:
Nach einigem Hin und Her scheinen sich die Stadtwerke nun endgültig für einen Busbahnhof am Standort Georg-Brauchle-Ring entschieden zu haben. Aufgrund der Terminzwänge (Fertigstellung bis 2018) steht zu befürchten, dass zunächst nur der Busbahnhof selbst entwickelt wird und die weiteren freien Flächen erst später hinzukommen. Solch ein Stückwerk muss jedoch vermieden werden. Das noch freie Gelände muss folglich als Ganzes betrachtet und als Ganzes entwickelt und überplant werden. Dies ist notwendig, um eine städtebauliche Einheit sowohl in Bezug auf die Neubebauung selbst als auch in Bezug auf den Bestand zu schaffen.

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Darüber hinaus muss die verkehrliche Situation bewältigt werden. Die Parkplatzsituation ist bereits jetzt überlastet. Rot-Grün hat bei der bisherigen Bebauung durch die Stadtwerke (insbesondere durch die SWM-Zentrale selbst) zu wenige Parkplätze eingeplant mit der Folge, dass sich der Parkdruck zunächst in die Borstei verlagert hat, bis diese zum Parklizenzgebiet wurde. Heute wird u.a. die P&R-Anlage von Dauerparkern genutzt. Linderung soll ein derzeit im Bau befindliches Parkhaus schaffen.

Aber auch das MTZ und der M-Campus müssen in die verkehrlichen Überlegungen für das Gesamtgebiet einbezogen werden und so ein abgestimmtes und umfassendes, alle bisherigen und künftigen Nutzungen berücksichtigendes Konzept erarbeitet werden.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat Richard Quaas
Stadtrat Walter Zöller

ANTRAG
22.05.13

1988 – 1998 – 2013: Erholungsraum „nördliche Isar“ konkret - endlich Wiedergutmachung für die Obere Isarau leisten

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Münchner Stadtentwässerung (MSE) nimmt die Planungen für die landschaftsgerechte Gestaltung des Notauslassgerinnes vom Klärwerk Gut Großlappen zur Isar wieder auf, die mit Beschluss des Stadtentwässerungsausschusses vom 21.07.1998 zurückgestellt wurden, und stellt dem Stadtrat ein aktualisiertes Projekt vor.

Dabei sind alle aktuellen Renaturierungsüberlegungen für die nördliche Isar ebenso zu berücksichtigen wie die mittlerweile geltenden neueren Rechtsnormen auf Landes-, Bundes- und Europa-Ebene.

Begründung:
Mit dem Antrag Nr. 2166 der CSU-Fraktion vom 20.06.1988 – also vor einem Vierteljahrhundert – beantragten die Stadträte Walter Zöller und Adi Wiedemann, dass das offene Notauslassgerinne vom Klärwerk Gut Großlappen zur Isar (siehe unten Luftfoto bzw. Plan – aus www.geoinfo-muenchen.de) so umgestaltet werde, dass die damit verbundene erhebliche Landschaftsbeeinträchtigung (mit Unterbrechung natürlicher Bachläufe und gelegentlicher Geruchsbelästigung) beseitigt und die obere Isarau wieder landschaftlich aufgewertet werde.

Mit Beschluss des Bauausschusses vom 15.09.1988 wurde der Antrag aufgegriffen und das Baureferat beauftragt, einen Projektauftrag herbeizuführen. Aufgrund von prioritären großen Netzsanierungsaufgaben wurde dieses Projekt 1998 zurückgestellt.

Dem ehemaligen BA-Vorsitzenden der Maxvorstadt, Klaus Bäumler, der mit dem damaligen "Gemeinsamen Arbeitskreis Isar" der CSU-Kreisverbände Freising, München-Land und Schwabing den 1988-er Antrag initiiert hatte und heute der "Isar-Allianz" angehört, ist es zu verdanken, dass dieses Anliegen jetzt wieder auf die Stadtratsagenda kommt.

Es steht außer Frage, dass das zugrundeliegende Anliegen heute im Umfeld der gelungenen Isarrenaturierung, der Arbeiten am FFH-Managementplan für das FFH-Gebiet 7537-301 („Isarauen von Unterföhring bis Landshut“) und des aktuellen Gewässerentwicklungskonzepts (GEK) „Mittlere Isar“ dringlicher denn je ist.

Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Richard Quaas
Stadtrat

Walter Zöller
Stadtrat

Grafiken aus www.geoinfo-muenchen.de:

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 22.05.2013

Antrag: Münchner Bürgerinnen und Bürger besser vor Rassismus schützen!

Dem Stadtrat wird dargelegt, wie künftig Münchner Bürgerinnen und Bürger besser vor Rassendiskriminierung geschützt werden können. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Pflichten und Möglichkeiten, die sich aus dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung ergeben, gerichtet werden.

Begründung:

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung unterzeichnet. Rassendiskriminierung ist danach „*jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschliessung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.*“ In dieser Übereinkunft verpflichtet sich jeder Vertragsstaat „*Handlungen oder Praktiken der Rassendiskriminierung gegenüber Personen, Personengruppen oder Einrichtungen zu unterlassen und dafür zu sorgen, dass alle staatlichen und örtlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Einklang mit dieser Verpflichtung handeln.*“[1]
München hat sich als Mitglied im europäischen Städtebündnis gegen Rassismus noch besonders auf diese Grundsätze verpflichtet.
Dennoch müssen Münchner Bürgerinnen und Bürger regelmäßig Kundgebungen, Infostände und andere politische Äußerungen und Handlungen über sich ergehen lassen, die nach der obigen Definition eindeutig rassistisch sind. Als Beispiel sei nur die laufende Unterschriftensammlung gegen ZIEM benannt. Selbst im

1 http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/360838/publicationFile/

Münchner Stadtrat werden Anträge gestellt, die nach der Definition der UN-Konvention unbestreitbar rassistisch sind.

Erst vor wenigen Wochen wurde die Bundesrepublik vom UN-Antidiskriminierungsausschuss (CERD) ermahnt, weil die Justiz ein Verfahren gegen Sarrazins rassistische Äußerungen einstellte[2]. Der Ausschuss „empfiehlt, dass die staatliche Seite ihre Politik und ihre Verfahrensweisen betreffend die Verfolgung von Fällen angenommener Rassendiskriminierung bestehend aus der Verbreitung von Ideen der Überlegenheit über andere ethnische Gruppen beruhend auf Artikel 4 (a) der Konvention und der Erregung von Diskriminierung auf dieser Grundlage im Lichte des Artikels 4 der Konvention überprüft." (eigene Übersetzung). Der Ausschuss geht davon aus, dass die Konvention ein individuelles Schutzrecht der Bürgerinnen und Bürger vor rassistischer Diskriminierung begründet, das durch staatliche Behörden entsprechend zu sichern sei.

Eine von der Bundesrepublik unterzeichnete internationale Konvention ist geltendes Recht; daher haben auch Münchner Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch, vor rassistischer Diskriminierung geschützt zu werden. Es stellt sich die Frage, wie München seiner bisher unzureichend erfüllten Verpflichtung nachkommen kann, die Verbreitung rassistischer Positionen in seinen Medien und auf seinen Straßen und Plätzen zu verhindern.

Initiatorin:

Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.

2 Http://www2.ohchr.org/English/bodies/cerd/docs/CERD-C-82-D-48-2010-English.pdf

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 22.05.2013

Antrag: Volksbegehren gegen Studiengebühren auch in München umsetzen!

Die Gebühren sämtlicher Schulen der beruflichen Bildung der Landeshauptstadt München werden auf den Stand vor der Einführung von Studiengebühren in Bayern zurückgeführt.

Begründung:

Nachdem das Volksbegehren gegen Studiengebühren in Bayern das nötige Quorum erreicht hat, hat die Landesregierung die Konsequenz gezogen und die Studiengebühren wieder abgeschafft. Im Gefolge der Einführung dieser Gebühren wurden aber auch an städtischen Bildungseinrichtungen Studiengebühren neu eingeführt bzw. erhöht. Es wäre nur angemessen, wenn München den Willen der Bürgerinnen und Bürger auch im eigenen Bereich ernst nehmen und seine Gebühren entsprechend zurückführen würde.

Initiatorin:

Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 22. Mai 2013

U6 Nord: SEV planmäßig angelaufen
Pressemitteilung MVG

22.5.2013

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
MVG
80287 München
www.mvg-mobil.de

Verantwortlich für
Inhalt und Redaktion:
Bettina Hess
Telefon:
089.2361-5042
Fax:
089.2361-5149
email:
hess.bettina@swm.de

(teilweise voraus)

U6 Nord: SEV planmäßig angelaufen

Die Gleisbauarbeiten und der Schienenersatzverkehr (SEV) auf der U6 im Münchner Norden sind gestern planmäßig angelaufen. Die beiden SEV-Buslinien 106 und X106 waren im morgendlichen Berufsverkehr zeitweise mit bis zu 24 Fahrzeugen im Einsatz, Kapazitätsengpässe oder nennenswerte Störungen gab es nicht. Dafür sorgte auch der Einsatz von bis zu 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Haltestellen Alte Heide, Studentenstadt, Kieferngarten und Fröttmaning. Hilfreich war zudem, dass sich die meisten Fahrgäste schon im Vorfeld auf die Einschränkungen eingestellt und offenbar gut informiert hatten.

„Den Auftakt haben wir gut gemeistert“, sagte Raimund Paul, Ressortleiter und Geschäftsführer Schiene bei SWM/MVG. „Die Fahrpläne funktionieren, die Kapazität ist ausreichend. Unser Konzept, die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig und ausführlich über die Einschränkungen zu informieren, zahlt sich nun ebenfalls aus. Allerdings dürfte die Nachfrage noch zunehmen, wenn der Vorlesungsbetrieb voll anläuft und die Pfingstferien zu Ende gehen. Daher werden wir weiter in voller Stärke vor Ort präsent sein und den Fahrgästen mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

Die MVG informiert ihre Fahrgäste unter anderem mit Aushängen, Durchsagen, Personal vor Ort und einem Online-Special unter www.mvg-mobil.de (FAQ mit 33 Fragen und Antworten, auch auf Englisch) über die Baustellen und den SEV.